

Nachweis\Antrag auf Leistungen für Bildung und Teilhabe

- eintägiger Ausflug/ mehrtägige Fahrten -

Landratsamt Landsberg am Lech
Sozialhilfverwaltung - SG21
Von-Kühlmann-Straße 15
86899 Landsberg am Lech

Eingangsstempel

Erziehungsberechtigter

Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort

Ich beziehe nachstehende Sozialleistung:

- Wohngeld / Kinderzuschlag
 Hartz IV (SGB II) / Sozialhilfe (SGB XII)
 Asylbewerberleistungen

Eine Kopie des Bewilligungsbescheides ist mit dem Nachweis\Antrag vorzulegen!

Nachweis\Antrag für:

Familienname des Kindes	Vorname des Kindes	Geburtsdatum
Name der Schule / Kindertageseinrichtung	Anschrift der Schule / Kindertageseinrichtung	

Ich bestätige die Richtigkeit der vorstehenden Angaben. Die Hinweise auf der Rückseite und das Hinweisblatt zur DSGVO (Datenschutzgrundverordnung) habe ich gelesen und zur Kenntnis genommen.

Ort Datum Telefonnummer für Rückfragen Unterschrift Antragsteller

Bestätigung der Schule oder der Kindertageseinrichtung

Der/die SchülerIn bzw. das Kind, wie oben angegeben, ist angemeldet für: eintägigen Ausflug mehrtägige Fahrt

Datum vom	Datum bis	Ort
-----------	-----------	-----

Kostenerstattung (Eine Überweisung an den Erziehungsberechtigten erfolgt nur bei erbrachter Vorleistung. Bitte unten bestätigen.)

- Die Kosten in Höhe von _____ (ohne Versicherung und Taschengeld) sollen auf das Konto der Schule / Kindertageseinrichtung überwiesen werden.

Name des Kontoinhabers (Schule / Kindertageseinrichtung)

IBAN

Name der Bank

- Die Kosten in Höhe von _____ wurden vom Erziehungsberechtigten am _____ bereits vorgeleistet

Ansprechpartner/in für Rückfragen	Telefon
-----------------------------------	---------

Die Hinweise auf der Rückseite und das Hinweisblatt zur DSGVO (Datenschutzgrundverordnung) habe ich gelesen und zur Kenntnis genommen.

Ort Datum Unterschrift und Stempel Schule / Kindertageseinrichtung



Hinweise für die Leistungsgewährung für Bildung und Teilhabe

Seit dem 01.01.2011 können für die Kinder sozial bedürftiger Familien die Kosten für Ausflüge und Klassenfahrten bezahlt werden, sofern sie im Rahmen der schulgesetzlichen Bestimmungen stattfinden. Grundlage dafür ist das Bildungs- und Teilhabepaket. Die Kinder sollen von diesen schulischen Aktivitäten nicht ausgeschlossen werden. (Gilt für Kindergärten analog.)

Aktivitäten in Kindergärten oder in der Schule wie z.B. Theateraufführungen o.ä., die in den Räumen des Kindergartens / der Schule stattfinden, zählen nicht zu den Ausflügen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Die Kosten dafür können nicht übernommen werden.

Als Kosten für Ausflüge bzw. Klassenfahrten werden nur die tatsächlichen Kosten wie z.B. Unterkunft und Verpflegung vom Bildungs- und Teilhabepaket übernommen. Taschengeld oder eventuelle Versicherungen sind von den Eltern selbst zu bezahlen.

Der Kindergarten / die Schule verpflichtet sich bei Abgabe dieser Bestätigung uns mitzuteilen, wenn das Kind nicht am Ausflug / an der Klassenfahrt teilnimmt oder teilnehmen kann. In diesem Fall müssen die Kosten von den Eltern bzw. dem Kindergarten/der Schule zurückgezahlt werden.

Wer bekommt diese Leistung?

- Schülerinnen und Schüler, die eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen, wenn sie jünger als 25 Jahre sind. Berufsschüler, die eine Ausbildungsvergütung erhalten, sind von der Leistung ausgeschlossen. Für Bezieher von SGB XII Leistungen gilt diese Altersgrenze nicht.
- Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen oder für die Kindertagespflege geleistet wird

und mindestens eine der folgenden Sozialleistung beziehen: Wohngeld oder Kinderzuschlag oder Sozialhilfe (SGB XII) oder Arbeitslosengeld II (Hartz IV) nach SGB II.

Wenn Sie Asylbewerberleistungen beziehen, ist der Nachweis\Antrag im Landratsamt, Sachgebiet 32, einzureichen.

Eine Kopie des Bescheides über eine der vorgenannten Sozialleistungen ist dem Nachweis\Antrag beizufügen.

Wer keine der vorgenannten Sozialleistungen erhält, kann keine Bildungs- und Teilhabeleistungen beziehen.

Sollten Sie mit Ihrem Einkommen nur knapp über einer der vorgenannten Sozialleistungen liegen, könnte sich ein Teilanspruch auf Bildungs- und Teilhabeleistungen ergeben.

Sollten Sie Fragen haben, können Sie sich gerne auch telefonisch unter 08191/129-1284 oder 129-1285 an die Sachbearbeiter/Innen im Landratsamt Landsberg am Lech wenden.

Wenn Sie Leistungen nach dem AsylbLG erhalten (noch nicht anerkannt sind!) wenden Sie sich bitte an die Sachbearbeiter/Innen des Sachgebietes 32 im Landratsamt mit den folgenden Telefonnummern: 08191 – 129 1390 / 1391 / 1393

Formulare und Informationen finden Sie auch unter www.Landkreis-Landsberg.de / Landratsamt / Formulare Merkblätter / Buchstabe B - 2. Seite - Bildung und Teilhabe



Hinweisblatt für den Betroffenen zum Datenschutz bei der Erhebung personenbezogener Daten bei der betroffenen Person (Antragsteller)

Landratsamt Landsberg am Lech, Sozialhilfeverwaltung

Folgende Informationen sind Ihnen gem. Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (Verordnung (EU) 2016/679) bei der Erhebung personenbezogener Daten mitzuteilen:

1. Die Daten werden in folgendem Zusammenhang erhoben (zu Art. 6 Abs. 1 DS-GVO):

Leistungsgewährung nach den Sozialgesetzbüchern II und XII (SGB II und XII) oder dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG) im Rahmen der Leistungen für Bildung und Teilhabe.

2. Verantwortlich gem. Art. 13 Abs. 1a DS-GVO für die Datenerhebung ist:

Landratsamt Landsberg am Lech, von Kühlmann-Str. 15, Tel. Nr. 129 - 0, Email: poststelle@lra-ll.bayern.de

3. Kontaktdaten des Behördlichen Datenschutzbeauftragten für das Landratsamt Landsberg

Landratsamt Landsberg am Lech, Datenschutzbeauftragter, von-Kühlmann-Straße 15, 86899 Landsberg; Tel. 08191/129-1300; datenschutz@lra-ll.bayern.de

4a. Die Erhebung der Daten ist notwendig um (zu Art. 13 Abs. 1c DS-GVO):

über Ihren Antrag auf Leistungsgewährung nach dem Sozialgesetzbuch XII entscheiden zu können.

4b. Ihre Daten werden aufgrund folgender Rechtsgrundlage erhoben und gespeichert (zu Art. 13 Abs. 1c DS-GVO):

§§ 67 ff Sozialgesetzbuch X

5. Ihre Daten werden an folgende weitere zuständige Stellen weitergegeben (zu Art. 13 Abs. 1e DS-GVO):

Die im Rahmen eines Antrags nach SGB II, SGB XII, WOGG, BKGG gemachten Angaben werden durch einen automatischen Datenabgleich nach § 52 SGB II, § 118 Sozialgesetzbuch XII bei der Bundesagentur für Arbeit, der Träger der gesetzlichen Unfall- oder Rentenversicherung und dem Bundeszentralamt für Steuern überprüft.

Soweit ein zahlungswirksamer Vorgang vorliegt, werden Ihre hierfür erforderlichen Daten an die Kreiskasse oder die Staatsoberkasse Bayern und die jeweils zuständigen Vollstreckungsbehörden übermittelt.

6. Datenerhebung bei anderen Stellen bei Antragstellung nach dem SGB XII oder im Rahmen der Unterhaltsüberprüfung:

Sofern Sie nicht oder nicht vollständig bei der Aufklärung des Sachverhaltes mitwirken, kann das Sozialhilfeamt auch Auskünfte einholen bzw. Daten erheben bei:

den Finanzbehörden (§ 117 Abs. 1 SGB XII i.V.m. § 21 Abs. 4 SGB X), dem Arbeitgeber (§ 117 Abs. 4 SGB XII)

7. Ihre Daten werden nach der Erhebung für folgenden Zeitraum gespeichert (zu Art. 13 Abs. 2a DS-GVO):

Ihre Daten werden nach der Erhebung beim Landratsamt Landsberg am Lech so lange gespeichert, wie dies für die Gewährung der beantragten Leistungen notwendig ist. Nach Beendigung der Leistungsgewährung werden Ihre Daten unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für 10 weitere Jahre aufbewahrt und dann vernichtet.

Nach diesem Zeitpunkt erfolgt die Löschung der Daten.

Ist eine Forderung (Rückforderungen, Kostenersatz/ Darlehen) nach Beendigung des Hilfebezugs noch offen, werden die Daten gemäß den Vorschriften der Zivilprozessordnung und des Bürgerlichen Gesetzbuches 30 Jahre lang bis zur Verjährung aufbewahrt. **Nach diesem Zeitpunkt erfolgt die Löschung Ihrer Daten.**

8. Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Sie haben gegenüber dem Landratsamt Landsberg am Lech ein Recht auf Auskunft über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie ggf. auf Berichtigung, Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung dieser Daten sowie ein etwaiges Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie ein etwaiges Recht auf Datenübertragbarkeit. Desweiteren besteht ein Beschwerderecht beim Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Sollten Sie notwendige Informationen nicht bereitstellen wollen, kann Ihr Antrag nicht geprüft werden. Dies hat zur Folge, dass z.B. über den Antrag nicht abschließend entschieden werden kann, keine Leistungen bewilligt werden können oder weitere Maßnahmen ergriffen werden.

Ist beabsichtigt, die personenbezogenen Daten für einen anderen Zweck weiterzuverarbeiten als den, für den sie im Antragsverfahren erhoben wurden, so stellt Ihnen das Landratsamt Landsberg vor dieser Weiterverarbeitung Informationen über diesen anderen Zweck und alle anderen maßgeblichen Informationen zur Verfügung.



Hinweisblatt für den Betroffenen zum Datenschutz bei der Erhebung personenbezogener Daten bei der betroffenen Person (Zahlungsempfänger)

Landratsamt Landsberg am Lech, Sozialhilfeverwaltung

Folgende Informationen sind Ihnen gem. Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (Verordnung (EU) 2016/679) bei der Erhebung personenbezogener Daten mitzuteilen:

1. Die Daten werden in folgendem Zusammenhang erhoben (zu Art. 6 Abs. 1 DS-GVO):

Leistungsgewährung nach den Sozialgesetzbüchern II und XII (SGB II und XII) oder dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG) im Rahmen der Leistungen für Bildung und Teilhabe.

2. Verantwortlich gem. Art. 13 Abs. 1a DS-GVO für die Datenerhebung ist:

Landratsamt Landsberg am Lech, von Kühlmann-Str. 15, Tel. Nr. 129 - 0, Email: poststelle@lra-ll.bayern.de

3. Kontaktdaten des Behördlichen Datenschutzbeauftragten für das Landratsamt Landsberg

Landratsamt Landsberg am Lech, Datenschutzbeauftragter, von-Kühlmann-Straße 15, 86899 Landsberg;
Tel. 08191/129-1300; datenschutz@lra-ll.bayern.de

4a. Die Erhebung der Daten ist notwendig um (zu Art. 13 Abs. 1c DS-GVO):

im Rahmen von Bildungs- und Teilhabeleistungen nach dem SGB II, SGB XII, oder BKGG Ihren Leistungsanspruch gegenüber unseren Antragstellern entsprechen zu können.

4b. Ihre Daten werden aufgrund folgender Rechtsgrundlage erhoben und gespeichert (zu Art. 13 Abs. 1c DS-GVO):

Art. 4 Abs. 1 BayDSG-E

5. Ihre Daten werden an folgende weitere zuständige Stellen weitergegeben (zu Art. 13 Abs. 1e DS-GVO):

Soweit ein zahlungswirksamer Vorgang vorliegt, werden Ihre hierfür erforderlichen Daten an die Kreiskasse oder die Staatsoberkasse Bayern und die jeweils zuständigen Vollstreckungsbehörden übermittelt.

6. Ihre Daten werden nach der Erhebung für folgenden Zeitraum gespeichert (zu Art. 13 Abs. 2a DS-GVO):

Ihre Daten werden nach der Erhebung beim Landratsamt Landsberg am Lech so lange gespeichert, wie dies für die Gewährung der beantragten Leistungen notwendig ist. Nach Beendigung der Leistungsgewährung werden Ihre Daten unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für 10 weitere Jahre aufbewahrt und dann vernichtet.
Danach erfolgt die Löschung Ihrer Daten.

7. Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Sie haben gegenüber dem Landratsamt Landsberg am Lech ein Recht auf Auskunft über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie ggf. auf Berichtigung, Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung dieser Daten sowie ein etwaiges Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie ein etwaiges Recht auf Datenübertragbarkeit. Desweiteren besteht ein Beschwerderecht beim Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Sollten Sie notwendige Informationen nicht bereitstellen wollen, kann Ihr Antrag nicht geprüft werden. Dies hat zur Folge, dass z.B. über den Antrag nicht abschließend entschieden werden kann, keine Leistungen bewilligt werden können oder weitere Maßnahmen ergriffen werden.

Ist beabsichtigt, die personenbezogenen Daten für einen anderen Zweck weiterzuverarbeiten als den, für den sie im Antragsverfahren erhoben wurden, so stellt Ihnen das Landratsamt Landsberg vor dieser Weiterverarbeitung Informationen über diesen anderen Zweck und alle anderen maßgeblichen Informationen zur Verfügung.

